

Entzaubertes Traumpaar

Premier Tony Blair muss sein politisches Schicksal von dem des US-Präsidenten lösen **VON EVA BUSSE**

Zwei mediale Großereignisse haben die britische Öffentlichkeit am vergangenen Wochenende gebannt. Victoria Beckham wurde auf dem Höhepunkt ihrer Ehekrise 30. Um den Anschein der einträglichen Idylle zu bewahren, schenkte ihr David Beckham einen pinken Diamanten im Wert von 1 Mio £. Eine große Geste, die offenbar erfolgreich war: Die Briten wollen ihr unterhaltsames Traumpaar behalten, und so glauben sie dem maßlosen Liebesbeweis des Ehebrechers.

Auch beim zweiten Drama ging es um eine Partnerschaft, die einst perfekt schien, in letzter Zeit aber zunehmend in Frage gestellt wurde – und die nun mit einer vermeintlich großen Geste gerettet wurde. Die wachsende Entfremdung zwischen dem britischen Premier Tony Blair und US-Präsident George W. Bush entfesselte die Fantasie der politischen Berichterstatter: Vor dem Gipfeltreffen der Kriegs-Verbündeten in Washington hatten die britischen Medien ihren Premier angefeuert, mit dem Amerikaner endlich einmal Klartext zu sprechen.

Der Pudel sollte seinem Herrn in die Wade beißen. Dafür, dass im amerikanischen Besatzungsgebiet am Tigris Gewalt mit Gewalt vergolten wird und bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen, während es im britisch kontrollierten Gebiet um Basra ruhig bleibt. Dafür, dass der von Blair vehement unterstützte Friedensplan für den Nahen Osten

Doch Blair hat Glück gehabt. Die überraschende Bereitschaft des US-Präsidenten, die geplante Machtübergabe an die Iraker am 30. Juni weitgehend der Uno zu überantworten, wird in England als „Sieg für die Hartnäckigkeit von Herrn Blair“ gefeiert. Nun zahle sich aus, dass Blair jahrelang auf Bush eingewirkt habe, das Irak-Projekt international zu legitimieren. Die aus dem Lot geratene Balance der angloamerikanischen Partnerschaft scheint vorerst wieder hergestellt, die Katastrophe abgewendet.

Doch so sehr große Diamanten und große Worte entzücken mögen – lösen können sie die Partnerschaftsprobleme nicht. Blairs Dilemma in der ungleichen militärischen Allianz mit der Bush-Regierung lautet: Mitgefangen, mitgehungen. Wenn Bushs plötzliche Kooperationsbereitschaft mit der Uno die

Vor- und Nachteile der Freundschaft sind unfair verteilt

Unruhen in Irak beseltigen würden, käme das einem Wunder gleich. Das vermeintliche Zugeständnis ist weniger dem Einfluss Blairs als der eigenen Unschlüssigkeit geschuldet.

Vor- und Nachteile der transatlantischen Freundschaft sind zudem unfair verteilt. Für Bush kam der Freund aus Europa im Wahlkampf gerade recht. Sein Besuch konnte der wachsenden Sorge der Amerikaner begegnen, ihr vom Rest der Welt verlassenener Präsident verwickle sie in einen unberechenbaren Krieg der Kulturen.

Für den Briten ist die enge Verbindung zu Bush dagegen längst

Verhandeln ist besser als töten

Der Westen muss dem internationalen Terrorismus politisch entgegentreten. Eine Politik, die nur auf Gegengewalt setzt, ist unrealistisch und kontraproduktiv **VON MICHAEL DAUDERSTÄDT**

Die empörte Ablehnung des Angebots von Bin Laden durch die westliche Politik und die italienische Reaktion auf die Geiselnahme in Irak entsprechen dem bisherigen Muster der offiziellen Reaktion auf den internationalen Terrorismus. Es ist aber wohl weder realistisch noch moralisch der beste Weg, den Terror zu beenden. Mit dem Abschluss des Verhandlungswegs begibt sich die Politik eines wertvollen Instruments, das die anderen Instrumente der Politik und der polizeilichen, juristischen, geheimdienstlichen und militärischen Bekämpfung des Terrorismus ergänzt.

Terrorismus ist eine planvolle politische Strategie, der primär politisch zu begegnen ist. Angesichts der Vielzahl erschütternder Terroranschläge ist die Versuchung groß, der Rhetorik der Härte zu folgen, wie es allen voran der US-Präsident tut. Diese Linie dominiert spätestens seit dem 11. September die Weltpolitik und hat die USA und ihre Verbündeten zuerst nach Afghanistan und dann nach Irak geführt. Die Ergebnisse des „Kriegs gegen den Terror“ sind aber nur halb überzeugend: Zwar haben die Alliierten eine Reihe mutmaßlicher Rädelsführer und Gefolgsleute gefasst oder getötet, aber das Netz selbst ist leider offensichtlich noch handlungsfähig.

Schlimmer noch: Der Verdacht liegt nahe, dass diese Maßnahmen weniger alte Terroristen au-

ßer Gefecht setzen als neue motivieren. Bezieht man den Guerillakrieg in Irak mit ein, so haben wir es mit einem deutlichen Nettozuwachs an Terrorismus zu tun.

Terrorismus dient strategischen politischen Zielen. Diese Ziele werden meist von vielen Menschen geteilt, auch wenn deren überwiegende Mehrheit den Terrorismus als Mittel zu ihrer Durchsetzung ablehnt. Die unterschiedlichen politischen Widerstandsbewegungen haben verschiedene Strategien eingesetzt, um ihre Ziele zu erreichen. Selbstmordterrorismus ist die extreme Strategie einer Minderheit, die davon ausgeht, dass gegen den überlegenen Gegner andere Strategien wie gewaltfreie Proteste, demonstrativer Terrorismus mit viel Aufmerksamkeit, aber wenig Toten oder klassischer Terrorismus wie der der IRA oder der RAF keine Erfolgchancen haben. Sie können sich in dieser Annahme bestätigt fühlen, da Demokratien nach Selbstmordanschlägen in der Tat zum Einlenken bereit waren – man denke nur an Israel 1994/95 gegenüber Hamas oder an den Abzug der Amerikaner aus dem Libanon.

Der Terrorismus folgt einer Logik, die nicht für ihn allein typisch ist, sondern unausweichlich folgt, wenn Gewalt zum Mittel der Politik wird. Um die eigenen Interes-

sen gegen den Willen der anderen Seite durchzusetzen, erhöht man den Preis, den die andere Seite zahlen muss, um ihr Interesse durchzusetzen.

Auch westliche Demokratien haben in Konflikten und Kriegen zu diesem Mittel gegriffen. Flächenbombardements gegen deutsche und japanische Städte im Zweiten Weltkrieg oder die Bombardierung Vietnams haben Hunderttausende unschuldiger Leben vernichtet, um Druck auf den Gegner auszuüben, ohne dadurch seine im engeren Sinne militärische Kampfkraft zu schwächen. Auch das selektive und präzisere Vorgehen etwa der USA in Irak oder Israels in Palästina führt

systematisch zu Opfern in der Zivilbevölkerung.

Die Verteufelung des Gegners und die Ankündigung entsprechender harter Reaktionen mögen taktisch klug sein, um dem Gegner nicht die eigene Schwäche zu offenbaren und die in Demokratien wichtige öffentliche Unterstützung zu mobilisieren. Aber diese überschätzen auch heute wieder das eigene Durchhaltevermögen. Tatsächlich verhandeln auch harte Staaten wie Israel etwa bei Geiselnahmen, wenn auch oft – wie jetzt mit Hilfe der Italiener – mit dem Feigenblatt neutraler Vermittler. Und das ist gut so.

Auch die Veränderungen der US-Politik hin zu einer rascheren Irakisierung des Konflikts oder die Wahlergebnisse in Spanien belegen, dass terroristischer Widerstand die Politik der westlichen Demokratien beeinflusst. Diese sind zwar bereit, einen hohen Preis zu zahlen, wenn wirklich Kerninteressen bedroht sind. Aber wie wichtig sind die Militärpräsenz im Nahen Osten und die Unterstützung der israelischen Besetzung Palästinas?

Der Westen sollte auf Verhandlungen setzen. Damit könnte er die kompromissbereiten Kräfte einbinden und so die unnachgiebigen Fraktionen mit unrealistischen Zielen isolieren. Europa sollte dabei anstreben, sich nicht gegen die USA ausspielen zu lassen, mit denen es seine Werte teilt, aber nicht jeder kontraproduktiven Politik der gegenwärtigen US-Regierung folgen.

In Vorbereitung darauf täte der Westen gut daran, Schritte zu vermeiden, die mehr Terrorismus provozieren. Dazu gehören martialische Töne, die Feindbilder bestätigen, und Vergeltungsaktionen, die keine Täter treffen. Unterlassen sollte er, was die Terrorwirkungen nur verstärkt – wie wirtschaftliche Angstreaktionen und den Abbau von Bürgerrechten, der der wahre Angriff auf unsere Freiheit und Demokratie ist.

MICHAEL DAUDERSTÄDT leitet die Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Die Politik sollte es vermeiden, die Terroristen weiter zu provozieren